

Bericht aus der Wintersession 2011

Dass die Wintersession dieses Jahr bis am 23. Dezember und damit bis kurz vor Weihnachten dauerte, zeigte sich überdeutlich. Nicht nur an der grossen geschmückten Tanne auf dem Bundesplatz und den vielen Weihnachtskarten und kleinen Aufmerksamkeiten wie Kalender und Kugelschreiber, die im üblichen Rahmen von verschiedenen Interessengruppen an die Räte geschickt wurden.

Nein, dieses Jahr schien ein regelrechter Wettbewerb ausgebrochen zu sein, was man den Räten auch noch schenken könnte, um Aufmerksamkeit zu erhalten. So fanden die Räte morgens auf ihren Pulten abwechslungsweise mal eine Flasche Wein, ein Panatone oder auch ein Guetzi. Das ginge ja auch noch. Doch dann überbordete es etwas: So brachte mir der Postbote im Verlauf der Session neben 3 Büchern auch 1 **Unterhose** „Sondermodell Nationalrat 2011“ mit dem sinnigen Spruch im Begleitbrief *„Wenn alle Räte an den Bundesratswahlen dieses Modell tragen, so ist die Konkordanz punkto Unterwäsche erfüllt.“* Auch ein **Fresspäckchen** –wie ich es noch aus den vergangenen Tagen meiner Rekrutenschule kannte-, fand den Weg an meine Wohnadresse. Dazu ein Begleitbrief, der folgendermassen begann: *„Sie werden überrascht sein, von den Zürcher Hoteliers ein Geschenk zu erhalten. Glauben Sie uns, Sie haben es verdient!“* Und tatsächlich, ich bin bis heute überrascht darüber, wie genau ich dieses Fresspäckchen verdient haben könnte. Da wollte ein anderes Unternehmen mit Sitz in Zürich natürlich nicht hinten anstehen und sendete mir zur Dialogverbesserung ein Paket mit einem digitalen **Radioempfänger**. Dazu die Erklärung: *„Wenn Sie in Bundesbern Entscheide fällen und die Schweiz mitprägen, vergessen Sie nicht: Radio 24 ist Informationsquelle und Gesprächspartner.“* Aha, das Radio könnte also auch als Gesprächspartner dienen. Neben dem Geschenkauspacken gab es in dieser ersten Session mit dem neu gewählten Parlament aber auch viele wichtige Sachgeschäfte zu behandeln.

Erste Woche: Präsidiumswahlen, Ombudsstelle und bestätigter Atomausstieg
Der Nationalrat hatte zum Sessionsauftakt am Montag den Thurgauer SVP-Politiker **Hansjörg Walter zum neuen Nationalratspräsidenten gewählt**. Walter erzielte mit 185 von 192 gültigen Stimmen ein Glanzresultat. Dem Nationalrat gehört Bauernpräsident Walter seit 1999 an. Weiter wurde die Grüne Maya Graf mit 179 von 190 gültigen Stimmen zur ersten Vizepräsidentin des Nationalrats gewählt. Damit wird im Jahr 2013 zum ersten Mal eine Grüne oberste Schweizerin. Die 49-jährige Biobäuerin Maya Graf aus dem Kanton Basel-Land ist seit 2001 Nationalrätin. Zweiter Vizepräsident wurde der Luzerner CVP-Nationalrat Ruedi Lustenberger.

Gleich am ersten Sessionstag hatte ich als Kommissionssprecher ein Geschäft zu vertreten. Dabei ging es um die Einrichtung einer neutralen **Ombudsstelle für die Armee**, bei der zwischenmenschliche Konflikte und Spannungen in der Truppe gemeldet werden können. Verteidigungsminister Maurer war nicht scharf auf die künftige Ombudsstelle für die Soldaten. Der Nationalrat hiess aber die Motion gemäss dem Antrag, wie ich ihn vertreten hatte, mit 88 zu 77 Stimmen und gegen den Widerstand von FDP und SVP gut. Es war eine erste Testabstimmung im Rat, die die neuen Mehrheitsverhältnisse aufzeigte. Der FDP/SVP Block ist deutlich kleiner geworden. Im Laufe der Session zeigte sich dies bei weiteren Geschäften.

So auch bei zentralen Fragen zur Energiewende. Der neu gewählte Nationalrat bestätigte mit 125 zu 58 Stimmen bei 2 Enthaltungen ganz klar: **In der Schweiz werden keine neuen Atomkraftwerke gebaut.**

Der Nationalrat musste nochmals über mehrere Motionen zum Atomausstieg befinden, weil der Ständerat deren Texte leicht abgeändert hatte, ohne an den Grundsätzen zu rütteln. Der Nationalrat sagte in einer Paketabstimmung mit einem wesentlichen deutlicheren Stimmenverhältnis als vor den Wahlen Ja zur Energiewende. Jetzt gilt es, diese Beschlüsse umzusetzen.

Zweite Woche: Berufs- oder Milizparlament? Und wer wird wie Bundesrat?

Der Nationalrat will auch künftig kein reines Berufsparlament werden. Er hat sich mit 124 zu 38 Stimmen gegen eine parlamentarische Initiative ausgesprochen, die die Einführung eines Berufsparlaments zum Ziel hatte. Die Vorteile des Milizparlaments überwiegen für die Mehrheit des Nationalrates. Es sei problematisch, wenn Parlamentsmitglieder finanziell gänzlich vom Parlamentsmandat abhängig wären, war zu hören. **Ich selber stimmte ebenfalls gegen ein reines Berufsparlament.** Ich bin zwar für eine gute Entschädigung der Parlamentstätigkeit, damit die Parlamentarier nicht in finanzielle –oder gar käufliche- Abhängigkeiten von Interessenverbänden oder einzelnen Verwaltungsratsmandaten geraten. Aber ich finde es auch gut, wenn man neben dem Ratsmandat zumindest teilweise noch einer zusätzlichen Erwerbstätigkeit nachgeht, um die Bodenhaftung nicht zu verlieren.

Bei den Bundesratswahlen spielte sich dieses Mal vieles bereits im Vorfeld ab.

Anders als auch schon, blieb es in der „Nacht der langen Messer“, wie der Abend vor den Bundesratswahlen im Volksmund genannt wird, relativ ruhig auf den Gassen und in den einschlägigen Kneipen Berns. Die Schlacht wurde schon in den Vorwochen geschlagen und endete bei der SVP im innerparteilichen Gemetzel. Nach den Stimmen- und Sitzverlusten bei den Nationalratswahlen und dem missglückten „Sturm auf das Stöckli“ bei den Ständeratswahlen, schien diese Partei bei den Bundesratswahlen vollends von der Rolle zu sein. Die SVP wirkte von aussen betrachtet über weite Strecken im Vorfeld und während den Bundesratswahlen konzeptlos. Dazu gehörte die unsorgfältige Kandidatenauswahl mit allen ihren Folgen genauso, wie das unflätige Auftreten des SVP-Fraktionschefs am Wahltag selber mit den undifferenzierten Angriffen gegen alles, was nicht zur SVP gehört.

Im Kontrast dazu war das Auswahlverfahren der SP-Fraktion zur Nachfolge der zurücktretenden Bundesrätin Micheline Calmy-Rey transparent und zielführend.

Unsere Kandidierenden wurden weit im Voraus bekannt gegeben, genau geprüft und in einem demokratischen Prozess bestimmt. Schliesslich entschied sich die SP-Fraktion dafür, der Bundesratsfraktion für die Neubesetzung des zweiten SP Bundesratssitzes mit dem Freiburger Ständerat Alain Berset und dem Waadtländer Regierungsrat Pierre-Yves Maillard der vereinigten Bundesversammlung ein Ticket mit zwei bestens geeigneten Kandidaten vorzuschlagen. Zudem entschieden wir in der letzten Fraktionssitzung vor den Bundesratswahlen, nebst einem der unsrigen alle bisherigen Bundesratsmitglieder, -und somit auch Eveline Widmer-Schlumpf, wieder zu wählen. Für die SP war klar: Erstens hatte Bundesrätin Widmer-Schlumpf als Finanzministerin gute Arbeit geleistet. Zweitens wurde sie einmal vom Rat als SVP-Vertreterin gewählt und dann durch ihre eigene Partei ausgeschlossen. Und drittens hätte eine Konstellation, die den rechts-bürgerlichen Parteien SVP und FDP nun alleine eine Mehrheit mit 4 von 7 Sitzen im Bundesrat gegeben hätten, obwohl sie nur 40% der Parlamentssitze innehaben, nicht dem Ergebnis der Parlamentswahlen entsprochen. Auch andere Parteien sahen dies ähnlich. In den Wahlen der vereinigten Bundesratswahlen war es dann sehr deutlich: Alle bisherigen Bundesratsmitglieder wurden im ersten Wahlgang bestätigt. Bei den SP-Kandidaten setzte sich im zweiten Wahlgang Alain Berset durch. Damit heisst die Bundesratsformel bis auf weiteres: 2 SP, 2 FDP, 1 CVP, 1 BDP, 1 SVP.

Dritte Woche: Via Sicura, Streumunition, Frankenstärke, Gesundheitsschutz

Jährlich sterben im Strassenverkehr rund 350 Menschen und 4`700 werden verletzt. Darauf basiert das Strassensicherheitspaket „Via Sicura“. Es sorgte für strittige Debatten. Der Nationalrat verzichtete auf ein Mindestalter fürs Radfahren und es gibt auch künftig kein Helmobligatorium für Velofahrer. Ausserdem will der Nationalrat Führerausweise weiterhin unbefristet gelten lassen. Dafür werden **Raser härter angepackt**: Raser sollen künftig den Führerausweis für zwei Jahre abgeben müssen, wenn sie erwischt werden. Im Strassenverkehrsgesetz soll genauer geregelt werden, wann ein Raserdelikt vorliegt. Auch die Beschlagnahmung von Raserautos wurde unterstützt. Und definitiv eingeführt wird nun das Lichtobligatorium für Autos auch bei Tag. Weiter sind künftig Radarwarnungen verboten und für bestimmte Personengruppen -wie für Neulenker oder Chauffeure- besteht ein Alkoholverbot.

Der neu gewählte Nationalrat korrigierte mit grossem Mehr einen Sündenfall, den ihm noch kurz vor den Wahlen die Sicherheitspolitische Kommission des Nationalrates in alter Besetzung eingebrockt hatte: Gegen den Antrag der SiK-Nationalrat ist er mit grosser Mehrheit auf ein **Abkommen zur Ächtung von Streumunition** eingetreten. Damit soll die menschenverachtende Streumunition nun endlich auch in der Schweiz aus dem Verkehr gezogen werden. Die abtretende Aussenministerin Micheline Calmy-Rey erinnerte in ihrem letzten Votum daran, dass der Einsatz von Streumunition vor allem Opfer unter der Zivilbevölkerung fordern würde.

Der Nationalrat debattierte intensiv über **die negativen Auswirkungen des starken Frankens auf die Schweizer Wirtschaft** und ein entsprechendes Vorstosspaket. Dabei sprach er sich mit einem Zufallsmehr mit 93 zu 92 Stimmen als Erstrat dafür aus, den Tourismussektor nächstes Jahr vorübergehend von der Mehrwertsteuer zu befreien. Damit der Bundesrat aktiv wird, müsste dem aber zuerst auch noch der Ständerat zustimmen. Alle anderen Vorstösse, wie die Senkung der Radio- und TV-Gebühren oder der leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe LSVA - wurden abgelehnt. Auch Vorstösse, die den Einsatz neuer währungspolitische Instrumente forderten, waren chancenlos.

Der Nationalrat hat sich gegen die Volksinitiative "Schutz vor Passivrauchen" ausgesprochen. Vor allem die bürgerlichen Nationalräte lehnten das Volksbegehren nach rund dreistündiger Debatte mit 118 zu 55 Stimmen ab. Nachfolgend ein Auszug aus meinem Votum im Rat zur Unterstützung der Volksinitiative:

... „Der Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz ist keine föderalistische Frage! Setzen wir also ein Zeichen im Interesse des Gesundheitsschutzes am Arbeitsplatz in der ganzen Schweiz und unterstützen wir gemeinsam die eidgenössische Volksinitiative "Schutz vor Passivrauchen". Denken wir an das Personal, welches nicht nur kurz zu Besuch in einem Raucherlokal weilt, sondern ganztägig und über Jahre den Schadstoffen des Tabakrauchs schutzlos ausgeliefert ist. Mit der Umsetzung dieser Volksinitiative wird es für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer kein Dilemma mehr geben zwischen dem Gesundheitsschutz und dem Erhalt der Arbeitsstelle. Zudem macht die Volksinitiative zum Schutz vor Passivrauchen Schluss mit dem wettbewerbsverzerrenden Flickenteppich verschiedener kantonaler Vorschriften. Sie fordert eine schweizweit einheitliche und wirksame Regelung zum Schutz der Bevölkerung und insbesondere des Personals vor Passivrauchen. Das macht Sinn“...

Zum Schluss: In der neuen Legislatur werde ich in der Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen (KVF) und in der Immunitätskommission mitarbeiten.

Max Chopard-Acklin, Nationalrat SP, im Dezember 2011